

Andrej Hunko / Die Linke / Aachen I

- 1) Deutschland hat vor 25 Jahren die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ratifiziert. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden?*

Antwort:

Kinderrechte gehören in die Verfassung. DIE LINKE hat sich in den vergangenen Wahlperioden für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz eingesetzt und wird dies auch in der nächsten Wahlperiode tun.

- 2) Weltweit sind 65 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte davon sind Kinder und Jugendliche. Die Vereinten Nationen haben mit der Diskussion eines »Global Compact für sichere, geordnete und reguläre Migration« und eines umfassenden Rahmenwerks für Flüchtlinge begonnen. Deutschland ist Gastgeber des Global Forum on Migration and Development in 2017.

Werden Sie sich einsetzen, dass Kinder- und Menschenrechte die Grundlage politischer Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik Deutschlands und der Europäischen Union sein werden?

Antwort:

DIE LINKE hat sich schon immer für die besondere Beachtung von Kinderrechten im Asyl- und Aufenthaltsrecht eingesetzt und wird dies auch weiter tun. Besonders wichtig ist uns die altersgerechte Betreuung und Unterbringung von Kindern, die mit Familienmitgliedern oder unbegleitet einreisen. Politisch wie im Einzelfall setzen wir uns auch für eine umfassende Wahrung des Rechts auf Familiennachzug ein, so lange es dem Interesse des Kindes dient. In diesem Sinne werden wir uns auch für eine aktive Mitgestaltung der Bundesregierung an den Global Compacts einsetzen.

- 3) Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist bisher vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit verankert. Allerdings kann Entwicklungshilfe Fluchtursachen nicht allein ändern, vielmehr müssen auch Außen-, Wirtschafts-, Handels- und Umweltpolitik dazu beitragen. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Lebens- und Arbeitsbedingungen in Herkunftsländern verbessert werden und die politischen Ressorts kohärent an der Bekämpfung von Fluchtursachen arbeiten?*

Antwort:

Unter dem Banner der „Fluchtursachenbekämpfung“ werden zunehmend nicht Fluchtursachen bekämpft, sondern Fluchtmöglichkeiten und die Flüchtenden selbst. Für DIE LINKE steht das Recht, nicht migrieren zu müssen im Zentrum. Dafür braucht es in den Herkunftsländern soziale Sicherheit: eine funktionierende Basisinfrastruktur im Gesundheits-, Bildungs- und Ernährungsbereich, ebenso wie Arbeit und ein Einkommen, das ein Leben in

Würde ermöglicht. Um das zu erreichen, brauchen wir einen fundamentalen Politikwechsel. Der Kohärenzgedanke ist pervertiert worden durch den zunehmenden Missbrauch von

Entwicklungspolitik zur Durchsetzung geostrategischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und migrationspolitischer Interessen.

Fluchtursachen lassen sich für DIE LINKE nur durch eine kohärente Außen-, Wirtschafts-, Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik bekämpfen, die den Prämissen einer friedlichen und entwicklungsförderlichen Außenpolitik folgt. Statt forcierter neoliberaler Globalisierung, tödlichen Freihandel und Profitmaximierung für Wenige brauchen wir eine gerechte Weltwirtschaftsordnung für ein selbstbestimmtes Leben für Alle.

- 4) Mit der Rücknahme des Vorbehalts Deutschlands gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention gelten gleiche Rechte für alle Kinder, die in Deutschland leben. Jedoch sind die Rechte von ausländischen Kindern, insbesondere von geflüchteten Kindern in Deutschland, immer noch eingeschränkt.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der Abwägung über Abschiebungen von Minderjährigen das Kindeswohl höchste Priorität genießt?

Antwort:

Uns reicht der von der Bundesregierung allgemein vorgenommene Verweis, die UN-Kinderrechtskonvention werde bei allen behördlichen Entscheidungen berücksichtigt, nicht aus. Wir wollen eine gesetzliche Klarstellung im Aufenthalts- und Asylgesetz. Auch die Verordnung zum Aufenthaltsgesetz müsste dann entsprechend angepasst werden, was auch die Frage der Feststellung einer Ausreisepflicht und der zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht, also der Abschiebung, beinhaltet.

- 5) Die Inhaftierung von minderjährigen Flüchtlingen zum Zwecke der Abschiebung ist in Deutschland von gesetzlicher Seite immer noch möglich.

Wie stehen Sie zu diesem Gesetz?

Antwort:

Wir lehnen Abschiebungen grundsätzlich ab und haben in den vergangenen Jahren auch wiederholt Initiativen zur Abschaffung der Abschiebungshaft vorgelegt. Es handelt sich hierbei um eine unverhältnismäßige Maßnahme zur Durchsetzung von Ausreisepflicht. In Bezug auf Kinder ist diese Unverhältnismäßigkeit besonders augenfällig. Daher würden wir eine gesetzliche Klarstellung zur Unterbindung von Abschiebungshaft gegen Kinder als ersten Schritt mittragen.

- 6) Immer noch wird geflüchteten Kindern die Teilnahme am Regelunterricht der Schulen zu lange verwehrt, obwohl sie ein Recht auf Bildung haben.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Schulpflicht in allen Bundesländern direkt nach Einreise der geflüchteten Kinder gilt?

Antwort:

Der Bund hat hier nur geringe Einflussmöglichkeiten. Die Geltung der Schulpflicht ist in den Landesschulgesetzen geregelt, hier sehen leider noch nicht alle eine ausdrückliche Schulpflicht für Kinder unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus vor. Über die Kultusministerkonferenz sollte die künftige Bundesregierung auf eine einheitliche Regelung in den Ländern drängen. Ein weiteres Problem sehen wir in der Verteilung von Kinder auf die Kommunen. Geflüchtete mit vermeintlich geringer Bleibeperspektive verbleiben in den großen Sammelunterkünften. Darunter leiden besonders die Kinder. Hier müssen die entsprechenden Regelungen im Asylgesetz wieder zurückgenommen werden. Dies würde auch den Zugang zu Schulbildung erleichtern.

- 7) Die von terre des hommes u.a. kürzlich herausgegebene Studie »Kleinwaffen in Kinderhänden – Deutsche Rüstungsexporte und Kindersoldaten« hat gezeigt, dass deutsche Unternehmen Kleinwaffen und entsprechende Munition in Länder mit bewaffneten Konflikten liefern, in denen Konfliktparteien Kinder als Soldaten rekrutieren, sie töten, entführen oder sexuell ausbeuten. Auch über NATO-Länder wie die USA, Großbritannien und die Türkei gelangen deutsche Kleinwaffen in Kriegsgebiete, ebenso wie durch Lizenzproduktion deutscher Waffen im Ausland. terre des hommes fordert deshalb ein gesetzliches Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Munition und aller Lizenzvergaben, damit deutsche Waffen nicht weiter in Kinderhänden landen.

Werden Sie sich für ein solches Verbot einsetzen?

Antwort:

Die LINKE setzt sich für ein umgehendes Verbot des Exports von Kleinwaffen aus Deutschland ein. Kleinwaffen verursachen nicht nur mehr Opfer als jede andere Waffenart, sie verschärfen auch Konflikte und destabilisieren Gesellschaften. Bei einer durchschnittlichen Verwendungsdauer von 30 bis 50 Jahren stellt ihre massenhafte Verbreitung ein ernsthaftes Problem für den Frieden und die Sicherheit vieler Gesellschaften dar. Wenn heute die Bundesregierung einen Export von Kleinwaffen genehmigt, werden noch in einem halben Jahrhundert Menschen mit diesen deutschen Kleinwaffen getötet werden. Das Kleinwaffen-Exportverbot sollte uneingeschränkt gelten. Ausnahmen, zum Beispiel für NATO-Staaten, sind nicht sinnvoll. Sie böten ein Schlupfloch für die Weitergabe deutscher Kleinwaffen an Zwischenhändler in anderen Staaten.

Mit der Erteilung von Lizenzgenehmigungen für den Bau von Kleinwaffen muss endlich Schluss sein. Das ‚Engagement‘ von Heckler & Koch in Saudi-Arabien ist hier ein warnendes Beispiel. DIE LINKE ist für ein Verbot aller Lizenzvergaben von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Allerdings ergänzt sie diese Forderung mit der Forderung nach einem Verbot der Ausfuhr von Rüstungsproduktionsanlagen, denn oft ist ein Lizenzverbot nicht möglich. Diese Forderungen stellen einen Komplex von vier Teilverbotsforderungen der Fraktion DIE LINKE auf dem Weg zu einem Totalverbot von Rüstungsexporten dar.

- 8) Deutschland ist eines von wenigen Ländern weltweit, das den internationalen 18-Jahres-Standard bei der Rekrutierung von Soldaten nicht einhält und jedes Jahr minderjährige Jungen und Mädchen als Bundeswehrsoldaten einstellt. Seit 2011 hat sich deren Zahl fast verdreifacht, in 2016 waren es knapp 2000.

Werden Sie sich für die Anhebung des Bundeswehr-Rekrutierungsalters auf 18 Jahre einsetzen – wie es auch vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages empfohlen wird?

Antwort:

Die Fraktion Die LINKE weist schon lange darauf hin, dass der internationale Standard ‚Straight 18‘, der dem Anliegen der UN-Kinderrechtskonvention entspricht, durch die Bundeswehr unterlaufen wird. Mit Großbritannien ist die Bundesrepublik das einzige westeuropäische Land, das von der Ausnahmeregelung des Fakultativprotokolls der Konvention Gebrauch macht und Minderjährige für die Bundeswehr rekrutiert: 2016 waren 1.515 Minderjährige Rekruten bei der Bundeswehr. Schon 2014 hat die Linke daher in einem Antrag gefordert, dass die Bundesrepublik das Anliegen der UN-Kinderrechtskonvention endlich umsetzt, und keine 17-jährigen mehr in die Bundeswehr aufnimmt.